## Emunder Tagespost 21. Oktober 2010

## Zu viele sind prekär beschäftigt

Sozialkonferenz der IG Metall in Heubach gibt Sparpaket zurück an Absender

Eine Sozialkonferenz hielt die IG Metall gestern in der Stadthalle Heubach ab. Beschlossen wurde eine Reihe von Aktivitäten, die die Politik zu Änderungen ihrer Handlungsweisen veranlassen soll. Darunter fallen einige Großkundgebungen – in Stuttgart zum Beispiel wird als regionaler Höhepunkt am 13. November zur großen Demonstration aufgerufen.

HARALD PRÖHL

Heubach. Die IG Metall hat sich entschlossen, ihre Mitglieder bundesweit zu "gewerkschaftlichen Herzaktivitäten" zu mobilisieren. Drei Schwerpunktthemen gebe es, erläuterte das aus Frankfurt angereiste Vorstandsmitglied der IG Metall, Dr. Hans-Jürgen Urban. "Erstens üben wir Kritik am Sparpaket der Bundesre-gierung", sagte Urban, "es ist sozial unakzeptabel und die Lasten sind einseltig verteilt." Darüber hinaus seien die wirtschaftspolitischen Maßnahmen schlecht, denn sie würden nur dem Export helfen. "Dabei brauchen wir dringend die Förderung der Binnenwirtschaft", ist Urban überzeugt, "denn jeder Euro, der in die Taschen der Menschen fließt, geht direkt in den Konsum." Daher sollten die Haushaltskürzungen nicht über das Arbeitslosengeld erfolgen, sondern Leistungsfähige müssten zur Kasse gebeten werden. So solle die Einkommenssteuer erhöht und - wie sonst in Europa üblich - eine Vermögenssteuer erhoben werden. Sogar die Bundeskanzlerin befürworte eine Kapitaltransaktionssteuer.

"Zweitens müssen die Perspektiven der jungen Generation verbessert werden", fährt Urban fort. "Zu viele junge Menschen sind lediglich prekär beschäftigt." Falsch sei daher, die Leiharbeit auszubauen – die IG Metall fordere daher für gleiche Arbeit gleiches Geld. Inakzeptabel sei, dass junge ausgelernte Arbeitnehmer häufig nicht übernommen würden. Wo man doch immer über Fachkräftemangel klage.



Dr. Hans-Jürgen Urban (li.) und Roland Hamm schickten das Sparpaket der Bundesregierung symbolisch zurück. (Foto: Pröhl)

Und drittens müsse die Rente ab 67 abgeschafft werden. Denn diese verbaue der Jugend die Zukunft. "Wir, die IG Metall, fordern daher einen offenen Bericht über die reale wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland", sagte Urban. Für diese Forderungen würden Großkundgebungen abgehalten – so am 6. November in Hannover und am 13. November in Stuttgart und in Bayern.

"Wir stellen auf dieser Sozialkonferenz die Entwicklung vor und nach der Krise dar", meinte Roland Hamm, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Gmünd und Aalen, "diskutieren verschiedene Verträge von Arbeitnehmern und kümmern uns auch um die vom Arbeits-

markt Ausgesperrten." So gehe die betrieblich positive Situation in Gmünd am ersten Arbeitsmarkt vorbei, es würden keine regulären Arbeitsplätze geschaffen, sondern Leiharbeiter eingesetzt. Über interne Betriebsvereinbarungen suche man Ausgleichsmöglichkeiten. Bei ZF Lenksysteme zum Beispiel gebe es nur einen Leiharbeiteranteil von einem Prozent - andere Firmen lägen bei drei bis fünf Prozent. Realität sei, dass in den Betrieben, vor allem im Altkreis Aalen, weniger ausgebildet würde. Beim angeblichen Facharbeitermangel sei das kaum verständlich. Daher sende man das Sparpaket der Regierung zurück an den Absender.